



Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,
Tel.: 0681 8412410 * Fax: - 15
mailto: gdp-saarland@gdp.de * www.gdp-saarland.de * www.facebook.com/gdp.saar/

Pressemitteilung vom 19.10.2018

Gewerkschaft der Polizei in Sorge – Bewerbungszahlen bei Saar-Polizei auf Rekordtief

Mit großer Sorge beobachtet die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, die Entwicklung der Bewerbungszahlen für den Polizeivollzugsdienst im Saarland. Bewarben sich vor zehn Jahren noch rund 1.300 junge Menschen bei der saarländischen Polizei, so lag bis zum Bewerbungsschluss vom 15. Oktober 2018 die Zahl der Bewerbungen lediglich bei rund 600, letztes Jahr hingegen noch bei knapp 850. Für diese Negativentwicklung macht die Gewerkschaft der Polizei die Politik des Saarlandes verantwortlich.

Hierzu der Landesvorsitzende der GdP, David Maaß: „Die politisch Verantwortlichen haben das Schiff ‘Polizei’ in den letzten Jahren sehenden Auges in Richtung des Eisberges gesteuert. Der Personalabbau, die hohe Arbeitsbelastung und die schlechte Besoldung verleiten junge Menschen offenbar, sich in der freien Wirtschaft oder bei anderen Polizeien zu bewerben. Der neue Kapitän Tobias Hans hat das Ruder des Sparkurses nun in der Hand und sollte schleunigst eine andere Richtung einschlagen, bevor die saarländische Polizei nicht mehr zu retten ist. Wir fordern 500 Mehreinstellungen im Vollzugsdienst bis 2030 sowie eine Anpassung der Besoldung an den Bundesdurchschnitt. Ein attraktiver Beruf führt zu einem Wiederanstieg der Bewerbungszahlen!“

Die Personalstärke der saarländischen Polizei ist mit 2.500 aktiven Vollzugsbeamtinnen und -beamten bereits jetzt auf einem historischen Tiefstand. Die Belastungsgrenze der Kolleginnen und Kollegen ist in vielen Arbeitsbereichen überschritten. Und vor diesem Hintergrund soll immer noch Personal abgebaut werden?! Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn scheint nur noch ein Lippenbekenntnis zu sein. Auch bei der Besoldung liegt unsere Polizei im Bundesdurchschnitt auf dem zweitletzten Platz. Maaß weiter: „Der Ernst der Situation sollte von der Politik endlich erkannt werden. Innere Sicherheit wird in Zukunft Wahlkämpfe entscheiden. Ein ordentlicher Umgang seitens der Politik mit ihrer Polizei ist ein Zeichen der Wertschätzung. Hieran fehlt es offenbar zurzeit!“